

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote, Dr. Sepp Dürr, Christine Kamm, Christine Stahl, Susanna Tausendfreund, Simone Tolle** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Konsequenzen aus den Protesten der Studierenden ziehen: Für elternunabhängige Studienfinanzierung, solide Hochschulfinanzierung und eine Reform der Bologna-Reform

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Bildungsstreik und Hörsaalbesetzungen der Studierenden sind Ausdruck eines notwendigen und gerechtfertigten Protests gegen eine völlig unzureichende Studienfinanzierung, gegen Studiengebühren, gegen die anhaltende Unterfinanzierung der Hochschulen und eine misslungene Bologna-Reform und zeugen vom Engagement der Studierenden für bessere Hochschulbildung in Bayern. Aus dem Verständnis und den Solidaritätserklärungen mit den Studierenden müssen jetzt konkrete Maßnahmen für bessere Hochschulbildung und mehr Bildungsgerechtigkeit in Bayern folgen.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert,

- die sogenannten Studienbeiträge wieder abzuschaffen und die Gebührenfreiheit des Studiums gesetzlich festzuschreiben,
- eine nachhaltige Hochschulfinanzierung durch das Land sicherzustellen und die über Jahre hinweg angewachsene Unterfinanzierung durch deutliche Erhöhungen des Hochschul Etats abzubauen, damit die Hochschulen ihren Aufgaben in einer Wissens- und Bildungsgesellschaft gerecht werden können,
- auf Landesebene ein breites und transparentes Stipendiensystem aufzubauen mit dem Förderziel, mehr motivierten und begabten jungen Menschen aus bildungsfernen oder sozial schwachen Familien oder mit Migrationshintergrund den Hochschulzugang zu ermöglichen,
- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass das BAföG grundlegend reformiert wird, um eine elternunabhängige Studienfinanzierung sicherzustellen, die die Kosten für Lebensunterhalt und Studium tatsächlich abdeckt,
- der Einführung eines durch die Wirtschaft kofinanzierten Stipendienmodells ohne soziale Kriterien nicht zuzustimmen,

- gemeinsam mit den Hochschulen und dem Landtag eine Reform der Bologna-Reform auf den Weg zu bringen, mit dem Ziel, die Qualität der Hochschulbildung zu sichern, die Bachelor- und Master-Studiengänge studierbar zu gestalten, mehr fachliche und zeitliche Flexibilität im Hochschulstudium und das Setzen individueller Studienschwerpunkte zu ermöglichen und innerdeutsche und internationale Mobilität zu garantieren.

Begründung:

Wir Grüne nehmen die bundesweiten Proteste tausender Studierender ernst. Sie initiieren dadurch eine wichtige bildungs- und gesellschaftspolitische Debatte und die ganze Misere der u.E. verfehlten Bildungs- und Hochschulpolitik wird nun offenbar. Auf der Grundlage neoliberaler Denkmuster wurden auch in Bayern durch fortschreitende Ökonomisierung des Bildungssystems, Privatisierung von Bildungskosten und Entdemokratisierung der Bildungsinstitutionen die Weichen in der Hochschulpolitik falsch gestellt. Die Staatsregierung schafft und schafft es nicht, ein ausreichend finanziertes, leistungsfähiges Bildungssystem auf die Füße zu stellen, das Chancengerechtigkeit garantiert. Die Forderungen der Studierenden benennen die bildungspolitischen Bruchstellen des bayerischen Bildungswesens. Wir solidarisieren uns mit den Streikenden und fordern grundlegende Veränderungen des gesamten Bildungs- und Hochschulsystems. Zu den vordringlichsten Problemen gehört die prekäre soziale Lage der Studierenden. Neben unserem Ziel, die Studiengebühren abzuschaffen, wollen wir deshalb die Möglichkeiten der Studienfinanzierung ausbauen und reformieren.

Die finanzielle Lage der Studierenden gestaltet sich oftmals schwierig. Das BAföG erfüllt seinen Anspruch, jeder Studentin und jedem Studenten unabhängig vom Einkommen der Eltern ein Studium zu ermöglichen, nicht. Insbesondere Studierende aus Familien mit niedrigerem Einkommen sind daher auf Erwerbsarbeit neben dem Studium angewiesen. Überdies sind Stipendiensysteme nicht in geeigneter Weise entwickelt, um einen nennenswerten Beitrag zu einer soliden Studienfinanzierung zu leisten. Gleichzeitig sind die Lebenshaltungskosten für Studentinnen und Studenten in den vergangenen Jahren überproportional angestiegen. Die Einführung der Studiengebühren hat diese Situation der sozialen Auslese noch deutlich verschärft. Das Hochschulinformationssystem (HIS) hat ermittelt, dass 26 Prozent der Studierenden ihr Studium aus finanziellen Gründen abbrechen. In der Gesamtbetrachtung ist festzustellen, dass wir weit entfernt sind von einer sozial gerechten, vom Elternhaus und sozialem Hintergrund unabhängigen Studienfinanzierung und dass mit den erhöhten Zugangshürden der Akademikerinnen- bzw. Akademikermangel steigt.

Investitionen in Bildung dürfen gerade in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise kein reines Lippenbekenntnis sein: Deshalb müssen höhere Bildungsinvestitionen Priorität vor Steuersenkungen haben. Wenn vom Bund bis 2013 12 Mrd. Euro in Bildung und Forschung fließen sollen, aber 24 Mrd. Euro in Steuergeschenke, von denen hauptsächlich Besserverdienende profitieren, dann ist das u.E. eine eindeutig falsche Prioritätensetzung. Der schwarz-

gelbe Koalitionsvertrag führt bildungs- und forschungspolitisch in die Sackgasse. Das deutsche Bildungssystem bleibt chronisch unterfinanziert und der Kampf gegen die Bildungsarmut wird erst gar nicht aufgenommen. Nichts wird gegen die unzureichende Studienfinanzierung getan, es sind keine grundlegenden Verbesse-

rungen für Bedürftige geplant. Stattdessen sollen die knappen Mittel in ein nationales Stipendiensystem für Begabte gesteckt werden, ganz ohne soziale Kriterien und mit einer fachlichen Prioritätensetzung durch die Wirtschaft.